



Leni Breymaier

Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Aalen, 16.03.2020

Bezug:

Anlagen:

Equal Pay Day: Entgeltlücke nicht individualisieren - Verbandsklagerecht einführen

Am 17. März 2020 ist Equal-Pay-Day. Bis zu diesem Tag müssen Frauen arbeiten, um für die gleiche bzw. gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn wie Männer zu erhalten. Damit arbeiten sie faktisch 77 Tage umsonst.

Um gegen Lohnungleichheit vorzugehen, brauche es verschiedene Ansätze, hebt die SPD-Abgeordnete Leni Breymaier hervor:

Das Entgelttransparenzgesetz müsse geschärft werden. Arbeitnehmer/innen in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten hätten zwar das Recht, das eigene Gehalt mit dem des Kollegen oder der Kollegin vergleichen zu lassen, dennoch müsse es weiter vorangehen. „Nach ersten Erfahrungen mit dem Gesetz ist für uns klar, dass hier nachgebessert werden muss. Frauen ist nicht zuzumuten, allein gegen ihre Arbeitgeber vor Gericht zu ziehen. Das Problem darf nicht länger individualisiert werden“, begründet Breymaier den Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion. „Wir brauchen ein Verbandsklagerecht.“

Zum Abbau von Lohnungerechtigkeiten solle außerdem eine Einigungsstelle für Entgeltgleichheit entstehen sowie die Ausweitung des Auskunftsrechts über die Gehälter von Kolleginnen und Kollegen in vergleichbaren Positionen in den Unternehmen. Nur so könne das Prinzip „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ endlich Realität werden.

Als weiteren konkreten Schritt zur Verkleinerung der Entgeltlücke sei eine höhere Tarifbindung im Dienstleistungsbereich, zum Beispiel im Einzelhandel, wo inzwischen nicht mal mehr ein Drittel der Beschäftigten

Wahlkreisbüro Berliner Büro

Silcherstraße 20 73430 Aalen	Platz der Republik 1 11011 Berlin
Telefon: +49 7361-5588093	Telefon: +49 30 227-75471
Telefax: +49 7361-5588095	Telefax: +49 30 227-70470
leni.breymaier.wk@bundestag.de	leni.breymaier@bundestag.de



unter den Branchentarifvertrag fallen, notwendig. „In der Altenpflege kann ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag ein wichtiger Baustein zur Verkleinerung der Entgeltlücke sein. Sorgearbeit wird zu drei Vierteln von Frauen erledigt. Hier müssen wir mit einem Bündel von Maßnahmen dazu beitragen, dass unbezahlte Sorgearbeit und bezahlte Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern endlich gerechter verteilt wird. Um zum Beispiel bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familienarbeit zu schaffen, führen wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ein“, so Breymaier.

Eigentlich wollte Leni Breymaier am Dienstag in Berlin am Brandenburger Tor mit anderen für mehr Entgeltgleichheit eintreten. Auch hier hat Corona die Pläne durchkreuzt: „Mit oder ohne Aktionen - das Thema muss aktiv bearbeitet werden.“